

Kleine Anfrage

Rahmenvertrag – was sagt die Regierung?

Ausgangslage

Aktuell und noch bis zum 31. Oktober 2025 läuft das Vernehmlassungsverfahren zum Paket "Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU", den sogenannten Unterwerfungsverträgen.

Unter anderen sind auch die Kantonsregierungen und damit der Regierungsrat des Kantons Schwyz zu einer entsprechenden Stellungnahme eingeladen.

Erfreulicherweise hat sich der Regierungsrat bereits in RRB Nr. 396 vom 20. Mai 2025 dafür ausgesprochen, dass diese Verträge dem obligatorischen Referendum, also dem doppelten Mehr von Volk und Ständen zu unterstellen sind.

Die Schwyzer Bevölkerung hat sich bislang in sämtlichen EU-Abstimmungen sehr kritisch geäußert bzw. die entsprechenden Vorlagen (meist sehr deutlich) abgelehnt und kritische Initiativen befürwortet.

2001	Initiative «Ja zu Europa» (Beitrittsverhandlungen starten)	84.6 %	Ablehnung
2005	Schengen/Dublin	58.4 %	Ablehnung
2005	Ausdehnung Personenfreizügigkeit (EU-10)	56.9 %	Ablehnung
2006	Ostzusammenarbeit («Kohäsionsmilliarde»)	61.9 %	Ablehnung
2014	Masseneinwanderungs-Initiative (SVP)	63.5 %	Annahme
2016	Durchsetzungs-Initiative (SVP, Umsetzung MEI)	51.9 %	Annahme
2020	Begrenzungs-Initiative (Kündigung FZA)	57.1 %	Annahme

Gleiches ist auch beim jetzt zur Diskussion stehenden Vertragspaket zu erwarten, denn es drohen:

- Massiver Souveränitätsverlust
- Beschränkung der demokratischen Rechte
- Dynamische Rechtsübernahme
- Weitere Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und damit verbunden mehr Stau, weniger freie und bezahlbare Wohnungen, etc.

Fragen an den Regierungsrat

1. Dürfen die Schwyzer Bevölkerung sowie der Kantonsrat davon ausgehen, dass sich der Regierungsrat in seiner Vernehmlassungsantwort zum "Stabilisierungs- und Weiterentwicklungspaket" mit der EU ebenso deutlich für eine Ablehnung aussprechen wird?

Für die Beantwortung danke ich im Voraus.

KR Roland Lutz, SVP, Einsiedeln

